

Zeitschrift: Bulletin / Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten =
Association Suisse des Professeurs d'Université

Herausgeber: Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten

Band: 32 (2006)

Heft: 4

Rubrik: Aus Nah und Fern

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Kür der Spitzenhochschulen

VON HEIKE SCHMOLL

Seit nunmehr zehn Jahren diskutiert Deutschland über Eliteuniversitäten. Immerhin ist in dieser Zeit klargeworden, daß die Politik keine Elite dekretieren kann. Also wurde das ganze Verfahren vorsichtigerweise in Exzellenzinitiative umbenannt. Die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und dem Wissenschaftsrat koordinierte Auswahl hat den Vorzug, weitgehend wissenschaftsgeleitet zu sein. Fragwürdig ist allerdings, daß Professoren, die selbst am Antragsverfahren beteiligt sind, wiederum als Gutachter beim Wissenschaftsrat fungieren und ganze Fächer, Institute und Hochschulen bewerten. Das führt zu jenen Indiskretionen, die wie schleichendes Gift im Wissenschaftsbetrieb wirken, und kaum zu unvoreingenommener Begutachtung.

In einer ersten Runde wurden aus mehr als dreihundert Anträgen Graduiertenschulen und sogenannte Exzellenzcluster ausgewählt, nun geht es um Zukunftskonzepte der künftigen Spitzenuniversitäten. Bund und Länder stellen insgesamt 1,9 Milliarden Euro für die Jahre 2006 bis 2011 zur Verfügung. In den Exzellenzanträgen wimmelt es von Gummibegriffen wie Interdisziplinarität und Internationalisierung. Was sich jetzt mit der wohlklingenden Bezeichnung „Graduate School“ schmückt, wird sich wohl auch in Zukunft kaum von der bisherigen Doktorandenausbildung unterscheiden.

Bis Ende September müssen die Berichte über die Begehungen und die ausgearbeiteten Anträge vollständig vorliegen; entschieden wird dann im Oktober. Spitzenhochschulen müssen sowohl Exzellenzcluster als auch Graduiertenschulen vorweisen können. Es folgt eine zweite Runde im kommenden Frühjahr, in der noch einmal Antragsskizzen und Anträge formuliert werden müssen – auf englisch, versteht sich, als könnten die ausländischen Gutachter die Güte eines Antrags nicht anhand einer englischen Zusammenfassung erkennen. Faktisch kommt dieses Diktat des Englischen der Selbstabschaffung des Deutschen als Wissenschaftssprache gleich. Noch halten die Universitäten ihre Zukunftskonzepte

sorgsam unter Verschuß. Was sich also hinter Tübingens angeblich profilschärfendem „High-Tech und Hegel“ verbirgt, wird man frühestens im Oktober wissen.

Eines ist durch die Exzellenzinitiative zweifellos erreicht worden: Auch offiziell läßt sich die Fiktion nicht mehr aufrechterhalten, nach der alle Universitäten von derselben Qualität sind. Das Mantra von der Chancengleichheit und der damit verbundenen Egalität aller Ausbildungseinrichtungen hat seine Wirksamkeit eingebüßt. Sollten die Hochschulen endlich die Mittel erhalten und von der Motivation vorangetrieben werden, die sie schon längst gebraucht hätten, dann gelingt das nicht

Die Exzellenzinitiative geht auf Kosten der Geisteswissenschaften

aufgrund der überzeugenden Vorgaben, sondern trotz der Kriterien.

Vieles wirkt wie eine Wiederholung der totalen Bildungsplanung früherer Jahre. Das zeigt sich bereits daran, daß den Spitzeneinrichtungen, die auf diese Weise ausgewählt werden sollen, nicht einmal zugetraut wird, selbst über die Verwendung von Fördermitteln zu entscheiden. Alles ist geradezu planwirtschaftlich vorherbestimmt. Schon haben die Verteilungskämpfe um Geld begonnen, das es noch gar nicht gibt. Die bis jetzt ausgewählten Exzellenzcluster, Graduiertenschulen und möglichen Spitzenuniversitäten – Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Tübingen, Würzburg und (zweimal) München – liegen ausnahmslos in Süddeutschland. So kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß auch bei der Exzellenzinitiative das Prinzip gilt

„Wer hat, dem wird gegeben“.

Wie nicht anders zu erwarten, haben die aus den Naturwissenschaften stammenden Kriterien wie Drittmittelwerbung, Absolventenzahlen und Publikationsausstoß dafür gesorgt, daß die Geisteswissenschaften sich nach der Vorrunde der Exzellenzinitiative in den Schatten gestellt sahen. Nur fünf bis zehn Prozent der ausgewählten Exzellenzcluster und

Graduiertenschulen sind den Geistes- und Sozialwissenschaften zuzurechnen. In Anbetracht dessen, daß sich im BeWilligungsausschuß des Wissenschaftsrats unter 26 Wissenschaftlern nur zwei Historiker und Politologen befinden, ist auch das nicht verwunderlich. Die übrigen Ausschußmitglieder kommen aus Genetik, Chemie, Medizin, Zellbiologie oder Bautechnik. Kulturwissenschaftler, Literaturwissenschaftler, Kunst- oder Musikwissenschaftler haben hier anscheinend nichts zu suchen.

Sollte es wirklich so sein, daß Geschichte, Religion, Sprache und Kultur keine besondere Förderung mehr verdienen? Während das Ausland – vor allem das transatlantische – nach wie vor zu den geisteswissenschaftlichen Errungenschaften Deutschlands aufblickt, dürfen die Vertreter dieser Zunft hierzulande künftig zu den Lebens-, Natur- und Technikwissenschaften aufblicken. Denn diese Fächer entsprechen den modernen Fetischen „Relevanz“ und „Verwertbarkeit“ unter wirtschaftlichen Kriterien. Wo der Erfolg in Euro oder Publikationsmetern gemessen wird, kann geisteswissenschaftliche Forschung nicht mehr mithalten.

Die Hoffnung auf staatliche Sondermittel hat viele drittmittelarme Geisteswissenschaftler dazu verlockt, ihre Forschungsarbeit zu unterbrechen und sich den langwierigen Antragsprozeduren zu widmen. Gelohnt hat es sich für sie nicht. Sie werden sich fragen, welche Zukunft ihre Fakultäten überhaupt noch haben. Denn eines steht jetzt schon fest: Die Exzellenzinitiative wird den Abschied von der Volluniversität nach Humboldts Vorstellungen erheblich beschleunigen. In den 25 Ländern der Europäischen Union werden von tausend Volluniversitäten nur dreihundert bleiben, die übrigen werden mittelmaßige Ausbildungsanstalten von regionaler Bedeutung – ein Horrorszenario.

Quelle: FAZ 195/ 34 D
Mittwoch, 23.8. 2006

Zu Lasten der Studenten

oll. Schon jetzt wird in deutschen Universitäten wenig geheizt, kaum geputzt und selten renoviert. Das Sparpotential ist ausgereizt. Die Hochschulen sind chronisch unterfinanziert. Je lauter die OECD und die zuständigen Wissenschaftsminister nach Studierendenquoten von vierzig Prozent rufen, desto angespannter wird die Lage. Die Länder hoffen auf den Hochschulpakt und zusätzliche Bundesmittel, fürchten aber zugleich die geforderte Gegenfinanzierung der Hälfte der Bundeszuschüsse. Sie alle werden in den Jahrgängen mit den stärksten Anfängerzahlen in den Jahren 2012 bis 2014 zu Mitteln greifen, die jedenfalls nicht einer besseren Studienqualität dienen.

So richtig es ist, den Fehler der siebziger Jahre, die Zerstörung des akademischen Mittelbaus, zu beheben, so falsch ist es, nur in der Lehre eingesetzte Dozenten nach und nach auf Professorenstellen aufrücken zu lassen. Genau das wird aber wegen der angespannten Finanzlage geschehen. Die Einheit von Forschung und Lehre – eine der grundlegenden Qualitäten deutscher Hochschulen – wird damit faktisch aufgegeben. Es war die dem Bologna-Prozeß

immer wohlgesonnene Hochschulrektorenkonferenz, die den Erfolg gefährdet sah, wenn die „Betreuung“ der Studenten nicht verbessert und das wissenschaftliche und administrative Personal entsprechend verstärkt würde. Die Bologna-Reform selbst bietet keinerlei Reserven, sie fordert zusätzliche Lehrkapazität. Davon kann jedoch keine Rede sein. Während die Studierendenzahlen immer weiter gestiegen sind, sanken die öffentlichen Ausgaben für Hochschulen gemessen am Bruttoinlandsprodukt. Selbst der Wissenschaftsrat mußte vor kurzem feststellen, daß es eine fundierte Kalkulation der Kosten für die Einführung gestufter Studiengänge nicht gegeben hat.

So werden die Kapazitäten weiter ausgedehnt, den Hochschulen auch noch berufsqualifizierende und weiterbildende Aufgaben aufgebürdet und gleichzeitig die Ressourcen gekürzt. Wenn die Länder die aus der Exzellenzinitiative hervorgegangenen Spitzenuniversitäten ausgerechnet vom Jahr 2012 an selbst finanzieren müssen, wird das Geld den übrigen Universitäten fehlen. Gleichzeitig wird es in ostdeutschen und nördlichen Universitäten ein Überangebot an Studienplätzen geben. Arme Studenten.

Quelle der beiden Beiträge von Heike Schmoll

Frankfurter Allgemeine Zeitung

201/35 D

vom 30. August 2006

S.1

Die Universitäten ächzen unter dem Ansturm der Studenten

Die Lehre wird durch „Lecturer“ und „E-Learning“ aufrechterhalten / Höhere Kosten

oll. FRANKFURT, 29. August. Um den Ansturm von fast 80 000 zusätzlichen Studienanfängern in fünf Jahren zu begegnen, setzen die Bundesländer neben der Hilfe des Bundes – eine Milliarde Euro – auf zusätzliche Maßnahmen an den Hochschulen. Mit einer Erhöhung von Lehrdeputaten – also der Lehrverpflichtung von Professoren – der Einführung von ausschließlich mit Lehre beschäftigten „Lecturern“ und Seniorprofessoren sowie „E-Learning“ über das Internet als Ersatz für das Präsenzstudium wollen die Bundesländer in den kommenden Jahren die steigende Anzahl Studierender bewältigen. Allein 2011 werden in Deutschland 79 048 Plätze für Studienanfänger, 2013 noch 68 291 fehlen. Die Lage entspannt sich erst 2020, dann werden es noch 15 054 Plätze zu wenig sein. Ein Überangebot an Plätzen für Studienanfänger bieten auch in den Jahren 2012 bis 2014 (doppelte Abiturjahrgänge) nur Berlin, Brandenburg,

Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Einige Länder sehen sich ohne Hilfe des Bundes nicht in der Lage, ihr Angebot an Studienplätzen auszubauen. Der Bund allerdings will die Länder nur dann unterstützen, wenn sie sich zur Hälfte an den Kosten beteiligen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung will bis 2010 etwa eine Milliarde Euro für den Hochschulpakt zur Verfügung stellen, wovon das meiste Geld für die Stärkung der Forschung benötigt wird. Dazu werden aber weitere Mittel für die Lehre gebraucht. Das Ministerium hält die Einstellung von etwa 3000 „Lecturern“ für realistisch, wobei diese deutlich mehr Semesterwochenstunden zu leisten hätten als heutige Hochschullehrer. Zu einem späteren Zeitpunkt heißt es dort, könnten sie reguläre Professorenstellen besetzen.

Ungeklärt ist darüberhinaus die Finanzierung der Spitzenuniversitäten, die aus

der Exzellenzinitiative hervorgegangen sind, vom Jahr 2012 an. Dann sollen diese Hochschulen die Kosten aus ihrem eigenen Etat tragen, wozu keine der ausgewählten Einrichtungen in der Lage sein wird. Vielmehr werden die Länder deren Etat aufstocken müssen und Mittel und Stellen aus dem Haushalt der anderen Hochschulen nehmen.

Die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) Wintermantel hat deshalb allein für das Jahr 2013 einen Mehrbedarf von 3,4 Milliarden Euro für die Hochschulen gefordert. Bei diesen Kosten ist eine deutlich verbesserte „Betreuung“ der Studierenden noch nicht berücksichtigt, sondern nur eine Minimalbetreuung. Nur die nötigen Bauinvestitionen an den Universitäten könnten damit beglichen werden, aber kein Inflationsausgleich oder die notwendige Korrektur der bisherigen Unterfinanzierung.

Im Geiste der Wissenschaftsfreiheit

VON HEIKE SCHMOLL

Wer sich die Anfänge der Exzellenzinitiative in Erinnerung ruft, kann trotz aller Bedenken gegenüber Auswahlkriterien und Verfahren über den Ausgang des Wettbewerbs nur erleichtert sein. An die Stelle einer politischen Setzung von Elite-Hochschulen nach dem Geschmack der früheren Bildungsministerin trat die Entscheidung unabhängiger Wissenschaftler und Gutachter, die frei von struktur- und hochschulpolitischen Erwägungen urteilen konnten. Die Wissenschaftsminister mußten lernen, daß sie eine wissenschaftliche Entscheidung zu akzeptieren hatten, ohne ihre landespolitischen Egoismen überhaupt zu Gehör bringen zu können. Manche haben sich dabei als schlechte Verlierer erwiesen.

Zugleich entlarvten sie sich als Hochschulpolitiker, die zwar unaufhörlich den Wettbewerb in der Bildungspolitik beschwören, ihn aber verhindern wollen, wenn es ihn endlich gibt. Was sich schon bei der Föderalismusreform angedeutet hatte, zeigte sich bei der Exzellenzinitiative in aller Klarheit. Wie eine Diskussion über vermeintlich strittige Bewerber ausgesehen hätte, läßt sich leicht vorstellen. Die Frage nach der wissenschaftlichen Qualität wäre zugunsten des Regionalprozesses in den Hintergrund getreten. Es hätte vermutlich ein halbherziges Trostpflaster für den Norden, ein weiteres für den Osten und womöglich eines für Berlin gegeben. Das Ergebnis zeigt, daß jahrzehntelange Forschungsförderung sich bewährt und daß eine Konzentration der Elitehochschulen im Süden in Kauf genommen werden muß. Nur der Erfolg dieser Universitäten dürfte die beiden für sie zuständigen Wissenschaftsminister allerdings daran hindern, der Wut über das Entscheidungsverfahren freien Lauf zu lassen. Denn auch sie gehören nicht zu denjenigen, die den Universitäten Autonomie im Sinne der institutionellen Unabhängigkeit gewährten und den freien Wettbewerb unter den Fakultäten zuließen.

Daß die sonst recht politikhörige Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) sich diesem Beweis wissenschaftlicher Unabhängigkeit nicht widersetzte, mag zum einen am Zusammenwirken mit dem Wissenschaftsrat liegen, zum anderen an der bald endenden Amtszeit des DFG-Präsidenten. Auf

dem Spiel stand das Ansehen der deutschen Wissenschaft bei den ausländischen Gutachtern. Hätten diese den Eindruck gewinnen müssen, Bund und Länder machten wochenlange Begutachtungen und Begehungen überflüssig, indem sie dem wissenschaftlichen Urteil eine undurchschaubare, sachfremde Entscheidung überstülpten, dann wäre ihre Mitarbeit ein für allemal beendet gewesen. Hier hat allein wissenschaftlicher Sachverstand über die Verteilung dringend benötigter Mittel von Bund und Ländern entschieden.

Die Spielregeln dürfen im laufenden Verfahren nicht geändert werden. Die Exzellenzinitiative ist ein Forschungswettbewerb und kein strukturpolitisches Förderprogramm. Im übrigen

wäre es ein kaum erträglicher Makel für die sieben Elitehochschulen, die in der zweiten Runde ausgewählt werden, als Elite zweiter Klasse zu gelten. Daher mögen sich die verantwortlichen Politiker die Aufforderung Humboldts zu eigen machen, daß der Staat sich eben jederzeit bewußt bleiben müsse, daß er „immer hinderlich ist, sobald er sich einmisch, daß die Sache an sich ohne ihn unendlich besser gehen würde“.

Ob die Exzellenzinitiative mit ihren Kriterien Humboldts Ideal liberaler Wissenschaftsfreiheit entspricht, ist durchaus zu bezweifeln. Denn das ausschlaggebende Zukunftskonzept, das die Elitehochschulen vorzulegen hatten, setzt zwar Graduiertenschule und Exzellenzcluster voraus, hat aber nur Chancen aufgrund eines möglichst stromlinienförmigen Bewerbungsantrags. Sowohl in der Vorauswahl als auch

im Ergebnis der ersten Runde zeigte sich, daß die Geisteswissenschaften kaum eine Rolle spielen, daß ihnen wissenschaftliche Forschung in Teams und im großen Verbund einfach nicht entspricht.

Nachdem der Wissenschaftsrat im Januar zugunsten der Geisteswissenschaften die Initiative ergriffen hatte, wird er im kommenden „Jahr der Geisteswissenschaften“ hoffentlich auch entsprechende Förderinstrumente vorschlagen. Geisteswissenschaftler brauchen Zeit, Einsamkeit und vor allem eine Einzelförderung für herausragende Forscher – ganz unabhängig von der Diktatur der Drittmittelwerbung. Denn sie zwingt

Geisteswissenschaftler nachgerade zur Selbstaufgabe. Es wäre fatal, wenn sie sich durch das erste Ergebnis der Exzellenzinitiative entmutigen ließen. Denn viele interdisziplinäre Forschungsverbünde zehren davon, daß die geisteswissenschaftlichen Grundlagendisziplinen bisher Herausragendes geleistet haben und in Zukunft – mit oder ohne Exzellenzprädikat – weiterhin leisten werden.

Es hat einen Ruck in der deutschen Hochschullandschaft gegeben, dessen Ausmaß sich erst in Jahren, wenn nicht Jahrzehnten ermesen läßt. Es wird künftig nur noch eine sehr kleine Zahl international konkurrenzfähiger Hochschulen geben, dann einige Hochschulen mit einzelnen herausragenden Forschungszentren und schließlich eine Masse von Ausbildungsanstalten mit regionaler Bedeutung. Welche Hochschulen dann die vom Bologna-Prozeß diktierte Aufgabe zu leisten haben, Tausende von Studenten zumindest zu einem Bachelor-Abschluß zu führen, liegt auf der Hand. Eliteförderung ist auf diese Weise nicht zu schaffen, denn sie beginnt in der Breite und am Anfang einer Bildungsbiographie. An den eigentlichen Problemen der deutschen Hochschulen – den miserablen Studienbedingungen, den fehlenden Tutoren, dem Geldmangel – ändert die mit der Exzellenzinitiative verbundene Forschungsförderung nichts. Dazu ist politische wie finanzielle Kärnerarbeit vonnöten, die zum Schaden vieler Abiturienten bisher nicht in Angriff genommen wurde.

Quelle: FAZ 240 vom 16. 10.2006, S.1

Zweimal zehn Thesen zu den Zürcher Gymnasien

An ihrer Delegiertenversammlung vom Mai hat die Lehrpersonenkonferenz der Mittelschulen (LKM) «Zweimal zehn Thesen zur Gegenwart und zur Zukunft der Zürcher Gymnasien» verabschiedet. Nachfolgend erläutert Markus Späth-Walter, Vizepräsident der LKM, Position, Anliegen und Ziele der Mittelschullehrpersonen.

Markus Späth-Walter

Die Zürcher Mittelschulen haben keinen Grund, ihr Licht unter den Scheffel zu stellen. Sie leisten ausgezeichnete Arbeit und bereiten Ihre Absolventen gut auf universitäre Studien vor. Damit dies so bleibt, sind Anpassungen und Reformen nötig – diese mitzugestalten ist ein zentrales Anliegen der Mittelschullehrpersonen: Die Zukunft der Zürcher Gymnasien ist zu wichtig, als dass man sie Bildungspolitik und Bildungswissenschaft überlassen dürfte.

Dies sind die zentralen Botschaften der «Zweimal zehn Thesen zur Gegenwart und zur Zukunft der Zürcher Gymnasien», welche die Delegierten aller Zürcher Mittelschulen im Mai verabschiedet haben. Die Thesen sind alles andere als ein Schnellschuss,

Vorstand und Delegiertenversammlung der Lehrpersonenkonferenz der Mittelschulen (LKM) haben sie auf Grund von Hearings, einer sorgfältigen Sichtung der aktuellen Literatur und intensiver Diskussion erarbeitet. Die Thesen wollen die Position der Mittelschulen im gesamten Zürcher Bildungswesen klären und den Rahmen für die konkrete bildungspolitische Arbeit der LKM in den nächsten Jahren abstecken.

Solides Fachwissen bleibt die Basis

Im Brennpunkt aller Anstrengungen an den Mittelschulen steht nach wie vor die Vermittlung einer breiten und fundierten Allgemeinbildung mit dem Ziel einer optimalen Vorbereitung auf ein universitäres Studium. Unterricht in einer Fülle von Fachgebieten durch Lehrkräfte, die selber wissenschaftlich gebildete Fachleute in ihrem Gebiet sind, ist eine der ganz grossen Stärken des Gymnasiums. Weder eine verfrühte Spezialisierung noch eine falsch verstandene Interdisziplinarität stellen eine ernsthafte Alternative zum vertieften Fachunterricht dar: Nur wer über solides Fachwissen verfügt, hat echte Chancen, dieses über die Fachgrenzen hinaus zu vernetzen.

Fachunterricht und die Vermittlung so genannter überfachlicher Kompetenzen, wie sie seit einiger Zeit immer lauter eingefordert wird, stehen dabei keineswegs in einem Konkurrenzverhältnis – sie verhalten sich vielmehr komplementär: Überfachliche Kompetenzen wie die Fähigkeit selbstständig zu arbeiten und zu recherchieren, Ergebnisse überzeugend zu präsentieren, in Gruppen und Projekten Verantwortung zu übernehmen, stilsicher zu schreiben, längerfristig zu planen, sich realistisch einzuschätzen – um nur einige wenige zu nennen – werden schon heute in vielen Fächern eingeübt; dies besser zu koordinieren, zu intensivieren, bewusster anzuwenden und auszubauen, wird in den nächsten Jahren eine der zentralen Herausforderungen sein, der sich die Mittelschulen stellen müssen. Es macht angesichts der rasanten Veränderungen in der modernen Wissensgesellschaft durchaus Sinn, dass Wissen auch am Gymnasium vermehrt erobert werden muss und weniger vermittelt wird. Das noch junge Instrument der Maturarbeit birgt dabei viel Entwicklungspotenzial. Die wichtigste überfachliche Kompetenz, welche schon heute unbestritten zum

Kern gymnasialen Arbeitens gehört, ist die Fähigkeit der Mittelschülerinnen und -schüler, in der Tradition der Aufklärung selbstständig und kritisch zu denken, differenziert und reflektiert zu urteilen und skeptisch gegenüber allem fraglos Akzeptierten zu sein.

Sorgfältige Selektion notwendig

Die Zürcher Mittelschulen wollen auch in Zukunft leistungsorientiert und gleichzeitig fördernd sein. Sie stehen dazu, dass sie gemäss ihrem gesamtschweizerischen Leistungsauftrag (MAR) primär jene auszubilden haben, die für ein (universitäres) Hochschulstudium in Frage kommen. Das setzt eine sorgfältige Selektion und insbesondere ein sorgfältiges Aufnahmeverfahren voraus. Die geplante Zentrale Aufnahmeprüfung (ZAP) stellt eine positive Entwicklung dar, insoweit sie dazu beiträgt, den

wichtigen ersten Auswahlprozess transparenter zu gestalten. Die Chancengleichheit wird aber durch die Zentralisierung der Prüfung kaum zu verbessern sein, es ist vielmehr zu befürchten, dass eine standardisierte Prüfung noch stärker als bisher jene bevorzugt, die sich teure Prüfungsvorbereitungskurse leisten können; es muss im Zusammenhang mit der ZAP deshalb angestrebt werden, die grossen Unterschiede bei der Prüfungsvorbereitung an der Volksschule gezielt zu reduzieren. Dass die Zürcher Mittelschulen ihrem Selektionsauftrag tatsächlich gerecht werden, kann an der im schweizerischen Vergleich unterdurchschnittlichen Mittelschülerquote abgelesen werden. Trotz dieses selektiven Charakters ist das Gymnasium aber alles andere als eine unmenschliche Pauerschule – die positiven Rückmeldungen der Ehemali-

gen zum Schulklima und zur Qualität der Hochschulvorbereitung liefern dafür seit Ende der 1990er Jahre die deutliche Bestätigung.

Sinnvolle Standards definieren

Der freie Hochschulzugang nach bestandener Matur ist ein bewährtes Kernstück des Gymnasiums schweizerischer Prägung. Damit dies auch in Zukunft so bleibt und die Gymnasias-ten noch gezielter auf die Hochschule vorbereitet werden können, stellen sich die Mittelschulen der Diskussion um die Definition von Standards zur Hochschulreife. Solche Standards dürfen aber keinesfalls zu einer zusätzlichen Hierarchisierung der Fächer führen (wichtige Fächer mit Standards, Nebenfächer ohne Standards), sie sind so zu definieren, dass sie nicht zu einer Banalisierung des Unterrichts führen und die für erfolgreichen Unterricht so wichtige Lehrfreiheit nicht beseitigen;

sie sind vielmehr in engster Zusammenarbeit von Gymnasiallehrkräften und Hochschuldozierenden für alle Mittelschulfächer zu erarbeiten und haben fachliche wie überfachliche Kompetenzen zu umfassen (siehe Interview mit H. Weder und Ch. Wittmer).

Keine andere Schulstufe hat in den vergangenen 15 Jahren im Kanton Zürich stärker unter dem Spardruck gelitten als die Mittelschulen. Die Verkürzung um ein ganzes Semester, die

schrittweise Verknappung der Mittel, die Vergrößerung der Klassen haben deutliche Spuren hinterlassen. Dass die Zürcher Maturanden trotzdem überdurchschnittliche Resultate erzielen und mit ihrer Ausbildung im Rückblick nach wie vor zufrieden sind, kann nur damit erklärt werden, dass die Lehrpersonen mit hohem pädagogischem Ethos, durch Mehrarbeit und Lohnverzicht die Auswirkungen der zahlreichen Sparpakete abgefedert und einen viel weiter gehen-

den Bildungsabbau verhindert haben. Dennoch gilt auch im Bildungswesen: Qualitätsarbeit hat ihren Preis. Die Mittelschulen und die an ihnen tätigen Lehrpersonen benötigen nach mehr als zehn Jahren Bildungsabbau zusätzliche Ressourcen und positive Perspektiven, um die gesteckten Ziele auch in Zukunft erreichen zu können.

Info: www.lkmzh.ch

Quelle: Schulblatt des Kantons Zürich 4/06, 34 f.

Bücher über Wissenschaft

Jutta Dalhoff (Hg.), Anstoss zum Aufstieg, Karrieretraining für Wissenschaftlerinnen auf dem Prüfstand. Kleine Verlag, Bielefeld 2006, 196 S. 20,40 E

Rico Defila/Antonietta Di Giulio/Michael Scheuermann, Forschungsverbundmanagement. Handbuch für die Gestaltung inter- und transdisziplinärer Projekte, vdf Hochschulverlag Zürich 2006, 348 S., 29.80 E

Thomas Heinze, Die Kopplung von Wissenschaft und Wirtschaft. Das Beispiel der Nanotechnologie, Campus Verlag, Frankfurt 2006, 302 S., 34.90 E

R.Ch. Schwinges (Hg.), Wissenschaft in Vergangenheit und Gegenwart, Schwabe Verlag Basel 2005, 602 S., 59.90 E

Manfred Osten, Die Kunst Fehler zu machen, Suhrkamp, Frankfurt a.M., 108 S. 15.- E.

Michael Tomasello, Die kulturelle Entwicklung des menschlichen Denkens, Suhrkamp, Frankfurt 2006, 307 S., 12.-E

Hans-Martin Sass, Differentialethik, Anwendungen in Medizin, Wirtschaft und Politik, hg. von Eva Baumann u.a., LIT-Verlag, Berlin 2006, 296 S., 39.90 E

John Gibson/Wolfgang Hümer (Hg.), Wittgenstein und die Literatur, Suhrkamp Verlag, Frankfurt 2006, 518 S., 17.- E

Petra Gehring, Was ist Biomacht? Vom zweifelhaften Mehrwert des Lebens, Campus Verlag, Frankfurt 2006, 24.90 E

Sandra Mittag, Qualitätssicherung an Hochschulen, Waxmann Verlag Münster 2006, 182 S., 24.90 E



Universität Zürich

Dekanat der Medizinischen Fakultät

An der Medizinischen Universitäts-Kinderklinik der Medizinischen Fakultät der Universität Zürich ist auf den 1. September 2008 eine

Professur für Stoffwechselkrankheiten

neu zu besetzen. Wir suchen eine(n) integrative(n) und interaktive(n) Fachärztin oder Facharzt für Pädiatrie mit umfangreicher klinischer Erfahrung und international anerkannter Forschungstätigkeit auf dem Gebiet der Stoffwechselkrankheiten. Zu den Aufgaben gehören die Vertretung des Faches in Lehre, Forschung und Dienstleistung. Es soll die Bereitschaft zur Führung von und Mitarbeit in nationalen und internationalen „Metabolischen Netzwerken“ bestehen. Die Kandidatin oder der Kandidat muss ausgewiesene und erfolgreiche, international kompetitive Forschungstätigkeiten vorweisen. Ebenfalls ist die Fortführung und Weiterentwicklung des Neugeborenen-Screenings durch die neue Stelleninhaberin oder den neuen Stelleninhaber zu gewährleisten. Das bestehende nationale „Metabolische Netzwerk“ soll weitergeführt und ausgebaut werden.

Wir bitten Sie, schriftliche Bewerbungen für diese Stelle (*im Doppel*) bis am 31. Dezember 2006 an das Dekanat der Medizinischen Fakultät der Universität Zürich, Berufungskoordination, Zürichbergstrasse 14, CH-8091 Zürich zu richten. Für allfällige Auskünfte wenden Sie sich bitte an den Präsidenten der Berufungskommission, Prof. Dr. Wolfgang Berger, Institut für Medizinische Genetik der Universität Zürich, Schorenstrasse 16, CH-8603 Schwerzenbach (Tel. +41 44 655 70 31, Email: berger@medgen.unizh.ch).

Die Bewerbungsunterlagen müssen die im „Merkblatt über Berufungsverfahren“ aufgeführten Angaben enthalten. Das Merkblatt kann beim Dekanat der Medizinischen Fakultät (Fax +41-44-634 10 79) oder per Internet unter <http://www.med.unizh.ch/FormulareundRichtlinien/Bewerbung.html> bezogen werden.

An der Medizinischen Fakultät der Universität Zürich ist eine

Assistenzprofessur für Experimentelle Ophthalmologie (Schwerpunkt Netzhaut)

an der Augenklinik des Universitätsspitals Zürich zu besetzen.

Wir suchen eine Wissenschaftlerin oder einen Wissenschaftler (M.D. oder Ph.D.) mit ausgewiesener Forschungserfahrung auf dem Gebiet der Netzhaut. Ein innovativer, zukunftsweisender Forschungsansatz mit klarem Bezug zu klinisch relevanten Fragestellungen wird vorausgesetzt. Eine Beteiligung an der akademischen Lehre und eine Einbindung in die Zentren für Klinische Forschung, Integrative Humanphysiologie, und Neurowissenschaften sind erwünscht. Die Professur ist zunächst auf 6 Jahre befristet.

Wir bitten Sie, schriftliche Bewerbungen im Doppel bis 30. November 2006 an das Dekanat der Medizinischen Fakultät der Universität Zürich, Berufungskoordination, Pestalozzistr. 3, CH-8091 Zürich zu richten. Für weitere Auskünfte wenden Sie sich bitte an Prof. F. Helmchen, Tel +41-44-635-3340, e-mail: helmchen@hifo.unizh.ch

Die Bewerbungsunterlagen müssen die im „Merkblatt über Berufungsverfahren“ aufgeführten Angaben enthalten. Das Merkblatt kann beim Dekanat der Medizinischen Fakultät (Fax +41-1-634 10 79) oder per Internet unter <http://www.med.unizh.ch/FormulareundRichtlinien/Bewerbung.html> bezogen werden.